

auch, die den „Vorteil“ der Neutronenwaffe feiern, die „nur Menschen“ töte und „versaft“. Die Berechnungen des Sozialismus dagegen gehen dahin, daß für die 400 Milliarden Dollar die das Wettrüsten jährlich verschlingt, beispielsweise 20000 Fabriken mit Arbeitsplätzen für 20 Millionen Menschen gebaut werden könnten. Der Politik des Sozialismus sind Pläne für einen „ersten“ und „zweiten“ Atomschlag fremd, der NATO keineswegs.

Die Politik des Sozialismus ist auf die Verhinderung jeglicher „Atomschläge“ und auf weitere Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gerichtet. Das Inkrafttreten von SALT II wäre ein äußerst bedeutsamer Fortschritt, und doch wäre er nur ein Schritt auf dem Weg zur militärischen Entspannung, dem im Lebensinteresse der Völker weitere folgen müssen.

Einen ganzen Katalog haben dafür die sozialistischen Staaten auf den Verhandlungstisch gelegt. Er umgeht kein Waffensystem, kein militärisches Problem. Er enthält Vorschläge zur Reduzierung der Rüstungsbudgets; zum Verbot der Herstellung jeglicher neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungsmitteln; für einen Vertrag aller Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, nicht als erste konventionelle oder Kernwaffen gegeneinander anzuwenden; für eine Konferenz dieser Teilnehmerstaaten über Maßnahmen zur militärischen Entspannung in Europa; für eine Weltabrüstungskonferenz.

Die Staaten des Warschauer Vertrages haben erklärt, daß es für sie keine Waffenart gibt, zu deren Begrenzung oder Reduzierung sie auf der Grundlage des strikten Prinzips der gleichen Sicherheit aller Länder nicht bereit wären.

Mehr noch. In seiner Rede zum

30. Jahrestag der DDR erklärte Genosse Leonid I. Breshnew: „Wir sind bereit, die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren — selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden ... Aufrichtig bestrebt, die jahrelangen Bemühungen um die militärische Entspannung in Europa über den toten Punkt hinwegzubringen und ein Beispiel dafür zu geben, wie man von Worten zu konkreten Taten übergeht, haben wir im Einvernehmen mit der Führung der DDR und nach Konsultationen mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages den Beschluß gefaßt, die Stärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa einseitig zu reduzieren. Innerhalb der nächsten zwölf Monate werden bis zu 20000 sowjetische Militäranghörige, 1000 Panzer sowie eine bestimmte Anzahl anderer Militärtechnik vom Territorium der Deutschen Demokratischen Republik abgezogen.“

In Wien wird seit Jahren über

Bedrohungslüge soll die Entspannung blockieren

Sozialistische wie auch realistisch denkende bürgerliche Politiker und die Völker der Welt knüpfen an SALT II die große Hoffnung, daß dieser Vertrag laufende und noch zu beginnende Verhandlungen über Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung begünstigen möge. Sein Geist ist eindeutig auf die weitere militärische Entspannung gerichtet.

Doch jetzt, da es um die Ratifizierung von SALT II in den USA geht, bemühen sich profitgierige Hasardeure des Militär-Industrie-Komplexes vor

die beiderseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa verhandelt. Alle Versuche der sozialistischen Staaten, mit Kompromißvorschlägen die Verhandlungen vom toten Gleis zu bringen, blockierten die NATO-Staaten mit dem Beharren auf den unrealistischen Positionen, mit denen sie das militärische Gleichgewicht in Europa in ein militärisches Übergewicht für sich verwandeln wollen.

Im Abrüstungsausschuß der UNO in Genf geht es unter anderem um das Verbot der Entwicklung, Produktion, Hortung und des Einsatzes radiologischer Waffen und um das allgemeine, vollständige und kontrollierbare Verbot chemischer Waffen. In beiden Fragen ist bereits zwischen den USA und der UdSSR eine gewisse Übereinstimmung der Standpunkte erreicht. Damit sind wichtige Impulse für die Ausarbeitung entsprechender völkerrechtlicher Verträge geschaffen worden. Auf der Tagesordnung steht auch ein Vertrag über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche und der Beitritt weiterer Staaten zu dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

allem der USA und der BRD, diesen Geist zu töten. Sie versuchen mit Lügen und Verdrehungen, mit Unterstellungen und provokatorischen Forderungen ein weiteres Hochschrauben der Rüstungsausgaben, eine neue Runde des Wettwüstens zu erzwingen. Die Rüstungsbudgets der NATO-Länder sollen noch über die Rekordziffern des gerade erst beschlossenen Langzeitprogramms hinaus erhöht werden. Deshalb haben sie prompt eine „Mittelstrecken-Raketenlücke“ in Westeuropa erfunden, wie sie in den Jahren zuvor eine